

### **Gemeinsame Beratung**

- a) Regierungserklärung – Immer mehr Menschen müssen aus ihrer Heimat fliehen, Schleswig-Holstein nimmt die Herausforderung an
- b) Abschiebungshaft und Abschiebungshafteinrichtungen bundesweit abschaffen
- c) Öffnung der Migrationsberatung muss auch für Flüchtlinge erfolgen

zu b)

#### **Antrag der Fraktion der PIRATEN**

Drucksache 18/2682

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2735

zu c)

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2699

**Angelika Beer [PIRATEN]:** ..... 6814

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Regierungserklärung zur Flüchtlings- und Immigrationspolitik kommt spät, meines Erachtens sehr spät. Wir haben sie schon mehrmals gefordert. Dennoch muss ich wirklich fragen: Warum kommt sie ausgerechnet heute?

Herr Ministerpräsident, seit 2013 ist ein kontinuierlicher Anstieg der Flüchtlingszahlen auch bei uns zu verzeichnen. Spätestens seit Sommer letzten Jahres ist bekannt, dass die zentrale Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster aus allen Nähten platzt und den Aufgaben nicht mehr gewachsen ist. Ebenso ist seit letztem Sommer bekannt, dass die Kommunen erhebliche Probleme mit der Unterbringung haben, weil die Aufenthaltszeit in Neumünster immer kürzer wurde und die Umverteilung immer schneller erfolgt.

Schon letztes Jahr hatten wir die Situation, dass die Kommunen gar nicht mehr gefragt worden sind, wohin sie bei sich umverteilen können, sondern die Flüchtlinge einfach angewiesen worden sind und die Kommunen keinen geeigneten Wohnraum vorbereitet hatten.

Den Anschlag in Escheburg, den wir alle verurteilen, erwähnen Sie in einem Atemzug mit den Anschlägen in Paris und Kopenhagen und kommen dann zu der Schlussfolgerung: Doch, auch wir haben jetzt unsere wunde Stelle. - Herr Albig, die haben wir schon lange. Wir haben sie schon über zehn Jahre. Wir haben sie seit Mölln, seit Lübeck, um nur einige zu nennen, seit den verdeckten Aktivitäten des NSU in

Schleswig-Holstein und so weiter.

Ich werde darauf nachher noch eingehen, aber hier zunächst betonen - das ist mir wichtig -, dass wir PIRATEN jenseits des Parteienstreits bereit sind, alle Kräfte zu bündeln, um dem gemeinsamen Anspruch, Flüchtlingen menschenwürdige Unterbringung zu geben, ihren Schutz sicherzustellen und ihnen gegebenenfalls eine Heimat zu bieten, möglichst bald gerecht werden zu können. Keiner von uns weiß, welche Aufgaben damit letztlich verbunden sein werden.

Es ist vollkommen klar, jedenfalls für uns PIRATEN, dass wir uns nicht hinter der gescheiterten EU-Flüchtlingspolitik und auch nicht hinter den Fehlern in der Bundespolitik verstecken können. Die Menschen, die zu uns kommen, erwarten von uns Unterstützung.

Wir wollen und wir müssen alle Spielräume bei uns im Land ausloten, um für die Menschen eine Willkommenskultur zu leben. Diese darf sich nicht auf Moral und Mitgefühl beschränken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der SPD, wenn Menschen zum Beispiel aus den Balkanländern, speziell dem Kosovo, getrieben von Arbeitslosigkeit, Hunger und Armut ihr Land verlassen müssen und wenn wir bereit sind, ihnen zu helfen, dann lasst uns doch gemeinsam überlegen, wie wir uns besser aufstellen können, um unseren humanitären Ansprüchen gerecht zu werden.

Ich möchte einen Moment beim Kosovo bleiben. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen hat die Landesinnenminister für ihre Abschreckungs- und Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen aus dem Kosovo scharf kritisiert. Die Menschen dort sind in ihrer Existenz bedroht. Sie leben unter menschenunwürdigen Bedingungen. Viele, vor allem Kinder, sind unterernährt und frieren, zum Beispiel weil es im Winter kein Brennholz gibt. Da sei es völlig illusorisch zu glauben, sie ließen sich von der negativen Aussicht auf baldige Abschiebung oder überfüllte Aufnahmelager zurückhalten. Der Vorstoß, den Kosovo ebenfalls als sicheres Herkunftsland einzustufen, hätte nichts an der Situation geändert, und das würde auch nicht davon abhalten, zu uns zu kommen.

Ich möchte dem polemischen Wort „Armut Flüchtlings“ ein etwas älteres Zitat entgegenhalten. Gandhi hat einmal gesagt:  
„Armut ist die schlimmste Form von Gewalt.“

Ich glaube, dieser Satz sollte uns zum Nachdenken bringen, wenn wir dabei sind, Menschen als Armut Flüchtlings zu verunglimpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, allein eine andere Europapolitik - eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik, die es de facto zurzeit nicht gibt, eine EU Erweiterungsstrategie, die diesen Namen verdient, gepaart mit einer Antikorruptionsstrategie - wäre in der Lage, den Menschen auf dem Balkan und woanders eine Perspektive zu bieten. Wir können das hier in Schleswig-Holstein nicht durchsetzen, aber wir sollten auf allen Ebenen dafür streiten.

Am 8. Juli 2010 hat das Europäische Parlament alle EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, die Republik Kosovo anzuerkennen. Bislang sind nicht einmal alle EU-Mitgliedstaaten bereit, das zu tun. Lediglich 23 von 28 Mitgliedstaaten haben den Kosovo anerkannt. Griechenland, Rumänien, die Slowakei, Spanien und Zypern erkennen die Republik Kosovo nicht an. Kosovo ist das einzige Land in der Region, mit dem die EU noch kein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen unterzeichnet hat. Man kann auf der einen Seite nicht Menschen ihrem unwürdigen Schicksal überlassen und sie auf der anderen Seite dafür kritisieren und bestrafen, dass sie versuchen, ihrem Schicksal zu entkommen.

Dieses Kosovo hat gestern den siebten Nationalfeiertag gefeiert, den siebten Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung. Gefeierte? Ja, trotz allem. Im Kosovo wurde gefeiert, obwohl Jugendliche immer wieder auf die Straße gehen, obwohl es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommt, obwohl Korruption zwar bekannt ist, aber nicht entschieden bekämpft wird.

Seien wir doch ehrlich: Wir haben den Krieg in Europa in den 90er-Jahren auf dem Balkan längst verdrängt. Die jüngere Generation unter uns weiß kaum noch etwas über die Gründe, warum sich Deutschland erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg an einem nicht vom Völkerrecht gedeckten Krieg beteiligt hat. Heute ist die Wahrnehmung reduziert auf positive Initiativen, die aber die Ursachen verdrängen oder überdecken. Wir unterstützen natürlich den Verein „Schüler Helfen Leben“, der versucht, unterschiedliche Ethnien auf dem Balkan wieder zu versöhnen und zusammenzubringen. Wir freuen uns, wenn Schulpatenschaften mit dem Kosovo nach vielen Bemühungen der Bürgermeister auf beiden Seiten zustande kommen. Wir freuen uns über das „sh:z“-Projekt „ZiSch“, in dem es um das Zeitunglesen in kosovarischen Schulen geht.

Aber wir schweigen über die Tatsachen. Wir verschweigen, dass der Kosovo das Armenhaus Europas ist. Es ist kaum noch präsent - das gehört für mich zu einem umfassenden Politikansatz -, dass noch heute 1.500 internationale Kräfte im Rahmen von EULEX im Kosovo sind. Wer redet bei uns schon noch darüber, dass Deutschland, also wir, noch immer der größte Truppensteller der NATO im Kosovo ist?

Haben wir alles vergessen, was in den letzten Jahren seit dem Krieg auf dem Balkan passiert ist? Haben wir vergessen, dass Deutschland allein seit 1999 mehr als 420 Millionen € Entwicklungshilfe geleistet hat und wir trotzdem nicht in der Lage sind, zu Demokratie und Souveränität zu kommen? Diese Fragen kann ich nicht beantworten, aber ich denke, wir sollten sie in dieser Diskussion stellen und gemeinsam nach Antworten suchen.

Weil so getan wird, als würden die Kosovaren einfach nur aus Lust zu uns nach Deutschland beziehungsweise nach Europa kommen, möchte ich Folgendes sagen: Erinnern Sie sich an die Zeit kurz vor dem NATO-Einsatz, als über 380.000 Albaner ihr Land verlassen haben und in riesigen Flüchtlingslagern in Mazedonien, in der ganzen Grenzregion lebten, als unklar war, ob es zu einem Bodenkrieg kommt? Erinnern Sie sich noch daran, dass mindestens 380.000 Albaner innerhalb von drei Tagen nach den

Angriffen in ihr Land zurückgekehrt sind, weil sie es lieben? Diese Menschen verlassen ihr Land heute nicht, weil sie ihr Land nicht lieben, sondern weil sie dort nicht leben können. Auch das sollte uns nachdenklich machen. Deswegen haben wir gefordert und begrüßt, dass unsere Landesregierung das Wintermoratorium beschlossen und heute angekündigt hat, wieder so zu verfahren.

An dieser Stelle will ich noch etwas zu den Roma sagen. Es ist doch so, dass insbesondere Roma in ihren Heimatländern massiv diskriminiert und verfolgt werden und den Winter auf Müllhalden nicht überleben können. Wir müssen zur Kenntnis nehmen - auch da noch einmal meine Kritik an der Europäischen Union -: Die EU-Roma-Strategie ist erbarmungslos gescheitert.

- Auch das können wir nicht ändern - das ist richtig, Serpil -, aber wir haben Expertise in Schleswig-Holstein. Wir haben das ECMI, und wir haben exakte Studien, die aufzeigen, was wir tun sollten, damit Europa endlich die Verantwortung übernimmt, wenn es darum geht, dass Roma als Ethnie nicht nur in Schleswig-Holstein geachtet werden - wir erkennen die Rechte unserer Sinti und Roma in unserer Verfassung an -, sondern auch europaweit nicht länger mit Füßen getreten werden.

Noch einmal zu Europa. Ich finde es schon erschreckend - das soll uns wachrütteln -, dass die Europäische Union im Umgang mit Flüchtlingen an ihren Außengrenzen offensichtlich jedes internationale Recht massiv verletzt. Diese Tatsache ist nicht neu, aber jetzt mit erschreckenden Bildern zu uns gekommen. Die Kommission unterstützt mit EU-Geldern Pushback-Maßnahmen, die von Angehörigen der EU Grenzschutzagentur Frontex ausgeführt werden.

Wir haben Bilder aus der Ukraine gesehen. In diesem Zusammenhang will ich gerade die Ukraine nennen. Wir wissen nicht, ob der fragile Waffenstillstand hält. Im Moment sieht es eher nicht so aus. Die EU hat aber über Jahre hinweg Flüchtlinge aus Afghanistan und Somalia dorthin geschickt, dorthin abgeschoben. Sie wurden in Internierungslager gesteckt, wo die Flüchtlinge ein Jahr lang nicht einmal das Recht hatten, angehört zu werden. Sie hat diese Internierungslager in der Ukraine legitimiert und finanziert. Wie sollen wir darauf reagieren, und wie wollen wir reagieren, wenn demnächst vielleicht nicht nur Flüchtlinge aus Afghanistan, Irak, Somalia und anderen afrikanischen Staaten kommen, sondern vermehrt auch Menschen aus der Ostukraine, weil sie einfach keinen anderen Weg mehr wissen, als ihr Land zu verlassen? Auch diesbezüglich sollten wir heute nicht über Zahlen spekulieren. Das möchte ich nicht tun; das zeigt aber, welche weiteren Krisen möglicherweise auf uns zukommen werden. Das macht es nicht einfacher, verantwortungsbewusste Konzepte zu entwickeln.

Deswegen ist mein Wunsch und mein Appell in die Zukunft gerichtet: Lasst uns über Zahlen reden, aber nicht in Form von Kosten, sondern lasst uns wissen, dass hinter jeder Zahl ein Mensch steckt. Dann ist es tatsächlich nachrangig, welche Kosten dahinterstehen. Dann müssen wir gemeinsam überlegen, wie viel Geld wir bereit sind, in die Hand zu nehmen. Es geht nicht nur um Geld, aber zumindest das müssen wir tun.

Aus meiner Sicht ist es legitim, dass die Städte und Kommunen mehr Unterstützung bekommen, weil die Fehlentwicklung der letzten Jahre nicht auf ihrem Rücken ausgetragen werden kann. Der Ministerpräsident hat heute gesagt: Wir sollten das zum Anlass nehmen, unseren Umgang mit der Flüchtlingsthematik generell zu überprüfen: Wie gehen wir mit den Menschen in höchster Not um? Für mich ist das keine Frage des Haushalts, es ist eine Frage der Haltung.

Ich finde das gut. Das ist auch eine Frage der Humanität. Da gibt es Konsens. Ich habe das so verstanden, dass das auch eine Frage nach einer gemeinsamen Haltung zu einem Nachtragshaushalt 2015 ist. Die Frage ist noch nicht beantwortet. Die Antwort darauf hätten wir aber gern. Wie ist es zu erklären, dass am Dienstag berichtet wurde, dass 6 Millionen € extra für die Kommunen zur Flüchtlingshilfe bereitgestellt werden und wir am Tag darauf eine Stellungnahme von Herrn Studt lesen, nach der das keineswegs der Fall ist und die Kommunen, die diese Kosten haben, nicht entlastet werden? Das sind widersprüchliche Aussagen, die spätestens hier und heute hätten geklärt werden sollen.

Auch der Städtetag hat ein Recht darauf, eine Antwort auf die Frage nach den 4,1 Millionen € Mehrkosten zu bekommen. Aber auch dem Städtetag sage ich: Denken Sie daran, dass hinter jeder Zahl ein Mensch steht. Fangen Sie jetzt nicht auch noch an, die Unterbringungsstandards infrage zu stellen. An den festgelegten Standards, die noch nicht einmal überall umgesetzt sind, dürfen wir nicht rütteln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aufenthaltsdauer hat hier schon eine Rolle gespielt. Zehn Tage Maximum. Wir sind zurzeit bei über 1.000 Belegungen in Neumünster.

Der Ministerpräsident hat gesagt, er sehe in dem Ruck durch Schleswig-Holstein als Reaktion auf Escheburg auch eine Chance. Ja, das kann sein, und ich hoffe, er hat recht damit. Ich sehe darin aber auch eine Herausforderung. Bei Kommunen, die nicht rechtzeitig unterrichtet werden, bei denen es zuvor gar keine öffentliche Diskussion gibt, wo die Nachbarschaft nicht informiert wird, da ist es nicht eine Chance, sondern eine Gefahr, dass es zu Ressentiments welcher Art auch immer kommt. Dadurch könnte die Bevölkerung durch Brandanschläge und Ähnliches gegen Flüchtlinge und gegen eine humanitäre Politik aufgebracht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Bündnis der Humanität - Herr Albig, Sie brauchen es nicht zu fordern; denn wir haben es - braucht unser aller Unterstützung. Wir haben es in allen Kreisen und allen Kommunen. Es gibt es auch in den kreisfreien Städten mit Initiativen, mit Ehrenamtlichen, mit Initiativen der Ärzte - Ärzte ohne Grenzen -, mit den Kirchen und dem Bürger, der sagt: Ich weiß, diese Welt ist nicht friedlicher geworden. Ich will helfen. Die Menschen haben ein Recht zu kommen.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich noch einmal den Kirchen danken für ihre Bereitschaft, dann, wenn unsere Möglichkeiten zu Ende sind, die Not der Menschen aber zu groß ist, Kirchenasyl zu gewähren.

Liebe Kollegen von der CDU, ich möchte ausdrücklich die Kritik von Herrn de Maizière am Kirchenasyl, das er grundsätzlich infrage gestellt hat, zurückweisen. Er hat kein Recht dazu. Das ist eine zutiefst inhumane Politik, die von Berlin aus zu uns herüberschwappt.

Wir wollen alle gemeinsam den Blick nach vorn richten. Wir werden auch morgen darüber diskutieren. Deshalb möchte ich das jetzt nur kurz ansprechen. Von unterschiedlicher Seite wird angeregt, darüber zu diskutieren, ein Integrationsministerium in Berlin zu gründen, um alle Fäden und die wahnsinnig vielen unterschiedlichen Vorschriften und Paragraphen zusammenzuführen.

Ich finde, wir sollten darüber diskutieren. Ich würde mich außerdem freuen, wenn sich die Koalitionsfraktionen auf eine Sachdebatte über den Antrag von CDU und PIRATEN einlassen würden, einen Ausschuss für Integration und Flüchtlingspolitik einzurichten. Vielleicht kommen wir zu dem Ergebnis, dass eine Integrationsinstitution auf ministerieller Ebene notwendig ist. Das wäre am heutigen Tag aber zu weit nach vorn gegriffen.

Wir möchten also diesen Versuch starten, aber nicht in Konfrontation, sondern weil wir glauben, dass es sinnvoll ist, alle Bereiche, die wir brauchen - Soziales, Bildung und Gesundheit -, zusammenzubringen und die Frage der Humanität nicht immer nur auf Innen und Recht zu beschränken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss möchte ich noch die Abschiebehaftanträge ansprechen. Die PIRATEN haben diesen Antrag eingebracht, weil wir sehr froh waren über die Entscheidung, dass die Abschiebehafteinrichtung in Rendsburg geschlossen wird. Das war auch weitgehend Konsens im Haus. Wir wollen, dass sich auch die Landesregierung in Berlin dafür einsetzt, bundesweit die Abschiebehaft abzuschaffen.

Als Tischvorlage liegt ein Antrag der Koalitionsfraktionen vor. Wir freuen uns über den Titel, mit dem gefordert wird, die Abschiebehaft bundesweit abzuschaffen. Das ist ein Teil unseres Antrags. Dieser ist in letzter Minute, aber gerade rechtzeitig eingereicht worden. Ich glaube, wir können dem zustimmen. Gleichwohl bitten wir, über unseren Antrag abzustimmen, da unser Antrag sehr viel weitgehender ist.

Von den Grünen hätte ich gern noch eine kurze Stellungnahme - Redezeit ist noch genügend da -, warum sie unserem Antrag nicht zustimmen. Ich möchte nicht darauf verzichten, darauf hinzuweisen, dass unser Antrag fast wortgleich übereinstimmt mit dem Parteiratsbeschluss von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem Jahr 2010. Wenn ihr schon über das Stöckchen springt und die SPD auch mitgegangen ist, was wir toll finden, dann können wir doch gleich den Piratenantrag unterstützen. Dann haben wir das ganze Spektrum abgedeckt. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch kurz einen Aspekt ansprechen, weil in der Debatte gerade gesagt wurde, das einzige Problem, das wir hätten, sei die Landesregierung, die nichts tue.

Ich glaube, wir haben andere Probleme. Deswegen möchte ich hier noch einmal einen Aspekt explizit ansprechen, gerade vor dem Hintergrund - das ist vorhin schon erwähnt worden - der Wahlen in Hamburg. In einer Zeit, wo Rassismus und Ressentiments gegenüber Flüchtlingen in der Mitte unserer Gesellschaft wieder wählbar geworden sind, haben wir ein Problem mit Entwicklungen im rechtsextremen Raum. Darauf müssen wir achten.

Die Zunahme der Anschläge in Deutschland, die wir alle mit Schrecken sehen, hat auch in der Rede des Ministerpräsidenten eine Rolle gespielt. Wir müssen sehr genau hingucken, was bei uns in Schleswig-Holstein passiert. Wir haben in Internetforen drei von Rechtsextremisten geprägte Gruppen: SHEGIDA, KIGIDA und NOFGIDA, unter anderem vom NPD-Ratsmitglied Proch aus Neumünster.

- Das sind die PEGIDA-Ableger in Schleswig-Holstein; das dürfte wohl bekannt sein. Die Landesregierung gibt inzwischen zu, dass der Unterschied zwischen PEGIDA und diesen drei Gruppierungen in Schleswig-Holstein darin besteht, dass die drei schleswig-holsteinischen Gruppen von Rechtsextremisten angeführt werden.

Es gibt Hinweise darauf, dass eine Demonstration stattfinden sollte, die dann aber nicht durchgeführt wurde. Wenn man weiß, dass genau diese Leute unter Anführung von denen, die wie Herr Proch auch im Rat von Neumünster sitzen - wie ich schon gesagt habe -, seit Monaten regelmäßig Infostände und Kundgebungen gegen die Asylflut in Boostedt veranstalten, weiß, dass diese Kommunen gerade vor diesem Hintergrund extrem viel Unterstützung brauchen, weil sie ihren Kopf dafür hinhalten, dass wir gemeinsam versuchen, die Willkommenskultur aufrechtzuerhalten. Es ist eine Bitte an die Landesregierung, dort nicht wegzusehen, sondern sehr aufmerksam zu sein.

**Beschluss:**

1. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/2682
  2. Annahme der Anträge Drucksachen 18/2699 und 18/2735 (selbstständig)
-